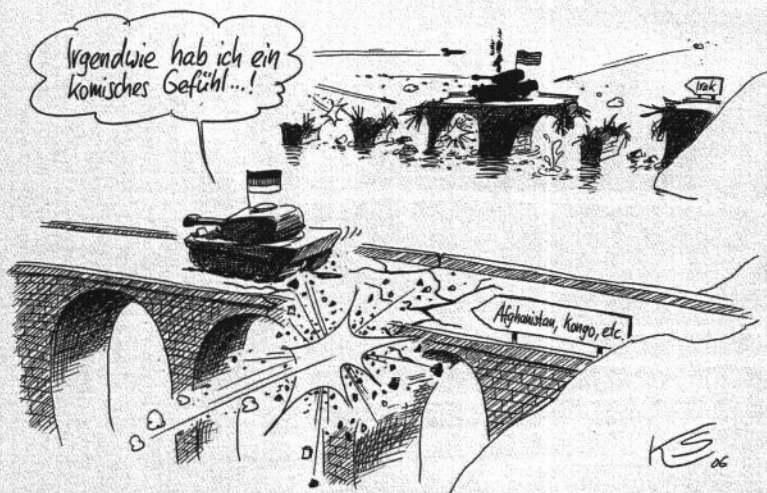


Qaida längst nicht mehr angewiesen, seit diese nebulöse Terrororganisation in der pakistanischen Nord-West-Region Zuflucht findet und ihre Kampfkraft auf den Schlachtfeldern des Irak erprobt.

Immerhin hat sich in Berlin Widerspruch geregt, als der Sicherheitsberater des Weißen Hauses, Steven Hadley, die freie Verfügung des amerikanischen Nato-Befehlshabers in Kabul über das deutsche Isaf-Kontingent und dessen Einsatz im heiß umkämpften Süden und Osten des Landes anfor-



derte. So weit, so gut. Der wirkliche Skandal hat sich in den letzten Tagen der rot-grünen Koalition ereignet, als der Bundestag mit erdrückender Mehrheit, aber ohne jede Debatte und sachlicher Erörterung die faktische Verschmelzung der ursprünglich grundverschiedenen Militäreinsätze „Enduring Freedom“ und als Isaf sowie die Aufstockung der deutschen Truppen auf 3000 Mann akzeptierte. Im deutschen Parlament wird erst über das Thema Afghanistan diskutiert, wenn ein hysterischer Streit über ein paar Gebirgsjäger aufkommt, die in törichter Unbekümmertheit mit Totenkopfschädeln hantierten. Da wird endlos über den Fall des recht dubiosen Deutsch-Türken Kurnaz debattiert und die Elitetruppe KSK auf die Anklagebank gezerrt. Dabei sollte man sich – statt Kurnaz als Ankläger aufzuwerten – dafür schämen, dass die parlamentarischen Wehrbeauftragten ihrer Fürsorgepflicht für die eigenen Soldaten nicht nachkamen. Die Angehörigen des besagten Spezialkommandos, die harte Kampferfahrung im Massiv von Bora-Bora sammeln sollten, wurden nämlich vom US-Kommando in Kandahar als „KZ-Wächter“ – der Ausdruck stammt von einem der prominentesten Minister der Kohl-Regierung – eines von CIA und US-Army eingerichteten Gefangenen-, Verhör- und Folterzentrums missbraucht.

Das große Thema der deutschen Außenpolitik ist höchst unerfreulich und könnte beliebig ausgeweitet werden. So unbedarft darf kein Minister sein, dass er glaubt, die fünf Vetomächte würden Deutschland einen ständigen Sitz im Welt sicherheitsrat einräumen. Die reale Autorität und das Durchsetzungsvermögen der Vereinten Nationen werden in Berlin ohnehin maßlos überschätzt. Die militärischen Einsätze der Blauhelme – soweit diese auf sich selbst gestellt wa-

ren – endeten stets mit einem erbärmlichen Fiasko. Es nützt auch wenig, im Konflikt um das Heilige Land als „ehrlicher Makler“ aufzutreten, wenn man aus der „road map“ lediglich die Anerkennung Israels durch die mehrheitlich gewählte Hamas-Bewegung herausliest und die prinzipielle Forderung nach Wiederherstellung des Territorialbestandes von 1967 beiseitlässt. In der unvermeidlichen Auseinandersetzung mit der sich auf Maschreq und Maghreb ausweitenden islamischen Revolution wäre es an der Zeit, dass die Bundesregierung ihr Augenmerk vorrangig auf die unmittelbare Nachbarschaft, auf die muslimischen Balkan-Völker der Albaner und Bosniaken richtet, die einem diskriminierenden Protektorat der „Internationalen Gemeinschaft“ unterstellt bleiben.

**DIE UNGEBROCHENE BELIEBTHEIT**, deren sich die Deutschen weiterhin im ganzen Dar-ul-Islam erfreuen und die durchaus nicht nur auf die Bewunderung für Hitler zurückzuführen ist, wird unweigerlich in dem Maße schrumpfen, wie die Bundesrepublik sich von der manichäischen Weltaufteilung in Gut und Böse korrumpieren lässt, die der Vision des amerikanischen Präsidenten vorschwebt. Die Tragödie des Abendlandes besteht darin, dass der Schwund amerikanischer Glaubwürdigkeit in Verteidigungsfragen einhergeht mit einer selbst verschuldeten militärischen Kastration der Europäer. Seit neben Israel und Indien auch die extrem labile Islamische Republik Pakistan sich in den Atomclub drängte, wird das Fortschreiten der nuklearen Proliferation auf Dauer gar nicht zu verhindern sein. Auch dieser Realität muss man ins Auge blicken.

Wie wird die deutsche Bevölkerung reagieren, wenn ihr Staat in den Sog jenes „Clash of civilizations“ gerät, dem Europa – die eigene Identität verleugnend und die eigene Wehrkraft vernachlässigend – gar nicht entinnen kann. Was geschieht, wenn in Berlin oder Hamburg die Bomben von Terroristen explodieren oder falls die Europäische Union aus ihrem südlichen oder östlichen Umfeld massiver Erpressung und Einschüchterung ausgesetzt wäre?

Bis dahin sollte die Bundeswehr sich von den überalterten Nato-Schablonen gelöst haben und über die Mittel verfügen, notfalls auch im nationalen Alleingang, am besten aber im engen Verbund mit den französischen Schicksalsgefährten, diesen Gefahren mit vernichtenden Gegenmaßnahmen, notfalls auch mit gezielten „preemptive strikes“ zu begegnen. Dabei kommt es nicht auf die Massen an, sondern auf die kriegerische Eignung einer hochtrainierten Truppe und ihrer speziellen Eingreifkommandos. Diejenigen europäischen Partner, die sich wie Tony Blair als „Pudel Amerikas“ behandeln lassen und die kontinentale Einigung lediglich als eine Art Freihandelszone zu akzeptieren bereit sind, würden dann ihrem eigenen Hang zum Rückfall in Zwist und Missgunst überlassen bleiben. Die deutschen Politiker ihrerseits, die mit ihren endlosen internen Querelen gelegentlich an das christliche Byzanz erinnern, dessen Senat unmittelbar vor der Eroberung der „Polis“ durch die osmanischen Heerscharen Mehmet II. über das Geschlecht der Engel debattierten, würden ihren Auftrag sträflich verfehlen, wenn sie sich nicht eine Überlebensmaxime zu eigen machten, die Napoleon zugeschrieben wird: „Gouverner c'est prévoir“ Regierungskunst gründet sich auf Vorausschau. ■